

Weltwochenschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche**

Band (Jahr): **29 (1939)**

Heft 21

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Weltwochenschau

Spanien auf dem neuen Wege

Die Siegesparade in Madrid hat endlich am 21. Mai stattgefunden. Einige Hinrichtungen in Madrid und Alicante gehörten dazu. Man sieht darin eine Demonstration eindrücklicher Art gegen die besiegten Parteien; vermutlich sollen die Kriegsgerichte noch einige Zeit amten; daß Kirchenraub neben „politischen Morden“, wie die Urteile gegen aufständische Offiziere nun genannt werden, als Hauptdelikt der Verurteilten aufgeführt wird, entspricht der spanischen Mentalität; man nimmt Rücksicht auf die streng katholische Kreise, man stempelt antikirchliche Gesinnung zum Hauptmerkmal des Bolschewismus; auf dem Umwege über die Kirchenfeindschaft wird bewiesen, was man dem spanischen Volke beweisen muß: „Großkapitalismus“, der mit den linksbürgerlichen Elementen um Azaña gleichgesetzt, der angeblich vom Freimaurertum angeführt wird und schon dadurch des Teufels sein muß, verbündete sich mit dem Moskauer Kommunismus . . . beide sind antikatholisch und antispanisch . . . ergo . . .

Gleich nach der Siegesparade wurde das Kabinett umgebildet oder soll umgebildet werden; Franco braucht ein „militärisch orientiertes“ Ministerium; nur die Armee vermag die Gegensätze zu überbrücken, die zwischen Monarchisten und Karlisten auf der einen, den fascistischen Phalangisten auf der andern Seite bestehen. Zweifellos werden die „marxistischen“ Elemente der Phalange zuströmen; von ihr wird eine Bodenreform erwartet; in Arbeitsfragen müssen die Massen auf sie sehen, nicht auf die konservativen Kreise; der spanische „Caudillo“ hat allen Grund, sich rasch eine Plattform zwischen den beiden Strömungen zu schaffen.

Was das nichtspanische Westeuropa an der Entwicklung interessiert, läuft auf eine sehr einfache Formel hinaus: Siegen die Konservativen, wird die Phalange zurückgedrängt, dann ist es aus mit den Hoffnungen Mussolinis, an den Pyrenäen aufmarschieren und Frankreich im Rücken fassen zu können. Siegt aber die Phalange, dann steht man in der Tat einem „dynamischen“ Spanien gegenüber, und der Beitritt Francos zum Antikominternpakt hat mehr als nur symbolische Bedeutung. Hält sich aber Franco zwischen beiden Lagern, dann müssen die Dinge in der Schwebe bleiben.

Die Hoffnung der Engländer auf eine neue Rechtsentwicklung nährt sich vor allem aus der Tatsache, daß Deutsche und Italiener in der Tat nach Hause ziehen. Es bleiben einzig Instruktionsoffiziere zurück. Mögen die Kriegsmaterialien, die Franco mit Rohstoffen bezahlt hat oder noch bezahlen wird, im Lande bleiben . . . die tägliche und direkte Berührung mit den deutschen und italienischen Militärs hört auf. Und damit muß auch eine Strömung die Oberhand gewinnen, die mehr als natürlich erscheint: Die Sehnsucht der Spanier nach einem gesicherten Frieden. Drei Jahre Bürgerkrieg auf den Seelen . . . das zählt.

Es ist also anzunehmen, daß selbst die „dynamischen“ Phalangisten nicht offene Kriegspolitik treiben dürfen; zum mindesten eine Pause müssen sie dem ausgebluteten Lande versprechen, ehe sie nach neuen „Großtaten“ rufen. Ganz abgesehen von den Kosten einer Aktion an der Seite der Achsenmächte, die nach der Verarmung aller Volksschichten untragbar scheinen!

Am wirtschaftlichen Hebel versuchen Frankreich und England in der Tat auch anzusetzen. Frankreich beeilt sich gar nicht, das Gold der spanischen Nationalbank auszuliefern, trotzdem eine solche Auslieferung im sogenannten „Bérard-Abkommen“ vorgesehen war. Alle Kreise, selbst die franco-freundlichen, scheinen klar zu sehen; Frankreich kann dem Caudillo keine Mittel liefern, die vielleicht morgen zur Finanzierung einer Aktion gegen die Pyrenäen oder gegen Franzö-

fisch-Marokko gebraucht werden. Das gilt, auch wenn die Golddepots unzweifelhaft Spanien gehören. Zuerst müssen Garantien für ein künftiges Wohlerhalten existieren. Eine erste Garantie wird natürlich der vollendete Rückzug der Italiener und Deutschen sein. Je nach der Behandlung der Golddepotfrage durch Frankreich wird man sehen, ob man in Paris Franco zu trauen beginnt, oder ob man zuerst noch wirtschaftliche Zugeständnisse abwarten will.

Diese Zugeständnisse würden recht eigentlich verraten, ob die kriegswichtigen spanischen Rohstoffe von den Achsenmächten schon ganz mit Beschlagnahme belegt seien, also im vollen Umfange der Rüstung Deutschlands zukommen sollen, oder ob Spanien alle Mächte paritätisch behandeln und damit seine künftige Neutralität bekräftigen will. Vermutlich wollen London wie Paris in diesen Dingen klar sehen. Solange sie auf dem spanischen Markt im Hintertreffen bleiben, ändert sich ihre Haltung auf dem finanziellen Boden, nicht nur in der Golddepotfrage, kaum. Festzustellen ist, daß vor kurzem sowohl in London wie in Paris erklärt wurde, die Gewährung einer Wiederaufbauanleihe an Spanien komme nicht in Frage. Das bedeutet, daß man in Francos Kurs vorderhand alle Zweifel setzt.

Die Diktatoren manövrieren.

Der Abmarsch der „Legionen“ aus Spanien, die geplanten festlichen Empfänge für die angeblichen Freiwilligen in Hamburg und in Rom, sehen aus wie ein Verzicht auf die „totale Aktion“ im Mittelmeerraum, oder wenigstens wie eine Aufschiebung. Vermutlich aber wird mit diesem Heimarsch noch etwas anderes bezweckt. Man überlege sich einmal, welche Rückwirkung die Lockerung des Druckes an der Pyrenäenfront auf bestimmte französische Kreise ausüben wird! Mit aller Bestimmtheit werden sich morgen jene Propheten äußern, die schon bisher ehrlich an Mussolinis Ehrlichkeit geglaubt: Seht, Italien hat ganz selbstlos den spanischen Bolschewismus niedergedrungen und hält sein Versprechen, zieht seine Freiwilligen zurück! Die Aussicht, in den Reihen der Franzosen Uneinigkeit zu erzeugen, ist auf einmal wieder gewachsen. Und da der Duce Monat auf Monat vertrocknen läßt, ohne in Tunis anzugreifen, könnte die Flandringruppe in Frankreich wieder mobil werden.

Ein auf Zeit gedachter „strategischer Rückzug“ der beiden Diktatoren wäre heute, ganz abgesehen von der aufgegebenen spanischen Position, das Gegebene, um die Reihen der demokratischen Mächte zu verwirren. Es steht ja für Hitler wie für den Duce fest, daß die Engländer gar nicht anders können, als das Russenbündnis abzuschließen. Bonnet, Halifax und der russische Delegierte Maisky dürfen in Genf gar nicht mehr auseinander gehen, ohne sich geeinigt zu haben. Der britische „Observer“, die Kreise um Churchill, die französische Regierung, die öffentliche Meinung in Frankreich und England wissen heute genau, daß die gesamte bisherige Arbeit aufs schwerste diskreditiert wäre, und daß sämtliche Bündnis- und Garantieverprechen torpediert würden, wenn man die Russen ziehen ließe. Und genau das hat man auch in Berlin begriffen, und darum hat ein regelrechter, wenn auch nicht sogleich als solcher erkennbarer Rückzug begonnen . . . selbstverständlich ein Rückzug, der in letzter Stunde die britisch-russischen Verhandlungen zur Katastrophe führen soll.

Zuerst ist festzustellen, daß auch in Danzig, außer Zwischenfällen, wie im Mittelmeer, andauernd „nichts passiert“. Der britische „Observer“ stellt zu Händen Chamberlains fest, daß es einzig die britische Ga-

rantierung Polens sei, die das Anhalten der hitler'schen Aktio-
nen bewirkte. Es ist ganz klar, daß der „Observer“ recht hat.
Aber man muß beifügen, daß es nun für Deutschland gilt,
jene britischen Kreise mobil zu machen, die Danzig und Polen
ebenso „freigeben“ wollen, wie sie vor einem Jahre die jude-
tendendeutschen Gebiete freigaben. Das hitler'sche Anhalten und
„in Spannung halten“ erreicht nebenbei den Zweck, gewisse
Kreise Englands „ins Wechselbad von Furcht und Hoffnung“ zu
setzen; heute geheime Versprechungen, morgen wieder Nachrich-
ten über Aufmärsche, dazwischen ein unterschriebener Militär-
pakt . . . auf die Dauer können selbst Engländer das „Verwei-
sen“ nicht ertragen.

Daß geheime Versprechungen gegeben werden und wur-
den, möglicherweise nicht einmal von der deutschen Regierung,
erkennt man an verschiedenen Vorkommnissen, genauer gesagt,
an Strömungen in britischen Kreisen. Man hört
von neuen Rohstoffverkäufen britischer Lieferanten an die Ach-
senmächte; es handelt sich um typische Materialien für die Rüs-
tung. Chamberlain erklärt im Unterhaus, es lasse sich dagegen
gesetzlicher Weise nichts tun. Und dies, nachdem die britische In-
dustrie schon gezwungen wurde, sich nach den Bedürfnissen der
Landesverteidigung zu richten!

Ins gleiche Kapitel gehört die Freigabe von tische-
m Gold zu Gunsten der Reichsbank . . . man kann lange sagen, die „BZ“ habe entschieden; im Grunde
entschieden mächtige britische Geschäftsleute. Mit Hilfe dieser
Kreise will der deutsche Ministerialdirektor
Wohltat in London „angeln“, will er die deutsch-bri-
tischen Industrieversprechungen aufnehmen, will
der deutsche Botschafter von Welczek in Paris die deutsch-
freundlichen Kreise Frankreichs mobilisieren. Sein erster ergeb-
nisloser Besuch bei Außenminister Bonnet bedeutet nur einen
Anfang.

Argumente der Gegner

Es lohnt sich, zu untersuchen, welche Argumente die Geg-
ner der Vorlage vom 4. Juni ins Feld führen, um die Ver-
werfungsparole zu begründen. Der „senkrechte Eidgenosse“ fin-
det es ja kaum möglich, Nein zu sagen. Das Land muß vertei-
digt werden. Die Verteidigung kostet Geld und wiederum Geld.
Bemeint eine Volksabstimmung den vorgeschlagenen Weg, not-
wendige Mittel zu beschaffen, obschon Bundesrat und Parla-
ment keinen andern gefunden haben, dann muß das Geld eben
doch her, und nichts bleibt übrig als das Diktat . . . das heißt
der „dringliche Bundesbeschluß“. Man könnte schon hier anfan-
gen zu kritteln und zu sagen, wo denn die Abstimmungsfreiheit
bleibe! Stimm ja und gewähre die Mittel, oder rischiere, daß
diktiert wird! Was kann da ein Nein noch bedeuten? Es ist
sowieso wertlos! Ja, wenn man so argumentieren könnte!
Das Volk ist eingeladen, die Lage zu bewerten, wie sie bewert-
et werden muß: Gefahr in Verzug! Nur ein Weg ist gangbar
. . . begreift man die Stunde? Irgendwie stellt sich die Frage
nicht mehr so, daß wir uns über den Zwang, ja zu sagen,
empören dürfen. Es ist beinahe wie beim Sterben, wo unser
eigenes Belieben eben auch aufhört.

Trotzdem stellen die Gegner der Vorlage den Fall so dar,
als gebe es Möglichkeiten, anders zum Ziel zu gelangen. Die
„Schweizerische Handelskammer“, die kürzlich
tagte, ist der Ansicht, die Arbeitslosigkeit gehe ständig zurück,
eine besondere Arbeitsbeschaffung von Bundeswegen erübrige
sich; die militärische Landesverteidigung könne auch ohne An-
nahme der Vorlage vom 4. Juni durchgeführt werden. Gewiß
ist, daß gegenwärtig der Druck der Arbeitslosigkeit sich lockert.
Aber noch feiern 50,000 Leute. Gewiß ist auch, daß die Vertei-
digung auf jeden Fall durchgeführt wird . . . wir wissen längst,
daß man in Bern nicht auf den Ausgang des 4. Juni gewartet
hat, wissen, daß längst so gearbeitet wird, als sei das Geld be-
willigt. Eben darum haben die Herren recht . . . es würde „auch

ohne Annahme der eidgenössischen Vorlage“ gehen. Wir haben
eingangs gesagt wie: Man müßte einfach diktieren. Aber es
wird eben gehofft, beim Diktieren würde anders verfahren als
es die Vorlage will. Das heißt, es würde ohne Aus-
gleichsteuer und ohne Herbeiziehung des Ab-
wertungsgewinnes gehen. Zollerhöhungen? Einfuhrge-
bühren? Es sind doch sonst nicht gerade die Leute der „Handels-
kammer“, die für eine Belastung des Konsums durch eidge-
nössische indirekte Steuern stimmen. Man muß wirklich fragen,
welche Geldquellen sie aufzeigen, um an der Ausgleichsteuer
vorbei zu kommen.

Halten wir fest: Es würde „trotzdem gehen“. Aber nicht
das ist den Kreisen wichtig, die es festgestellt haben: Sie wol-
len die Methode der Mittelbeschaffung verwerfen . . . Es ist
üblich, von andern Dingen zu reden, als man meint . . . dar-
um redet man von der „im Grunde überflüssigen Vorlage“ und
verschweigt, daß man nicht die Landesvertei-
digung, sondern das Bezahlen meint. Von an-
derer Seite wird auf eine Unterscheidung zurückgegrif-
fen, die man gerne in den eidgenössischen Räten durchgeföhrt
hätte und . . . nicht durchgeföhrt hat. Man sagt: Gut, verstärkte
Landesverteidigung! Sie ist notwendig! Nicht notwendig aber
ist die damit verknüpfte Arbeitsbeschaffung, die in die „freie
Wirtschaft“ eingreift. Es gibt sicher ehrliche Verfechter der freien
Wirtschaft, die so argumentieren. Sie sollen sich aber überlegen,
warum unsere Behörden beide Pläne zusammengefaßt haben.
Gewiß nicht umsonst! Ein großer Teil der Arbeitsbeschaffung
fällt direkt, ein anderer Teil indirekt in den Aufgabenkreis eben
der verstärkten Landesverteidigung. Und der Rest soll jenen Teil
unserer Arbeitslosenarmee auffangen, der vielleicht fähig wäre,
unser Moral zu schwächen . . . Und das ist gewiß nicht neben-
sächlich!

Besonders geschickt arbeiten die Warenhäuser, die
ja einen besondern Gewichtstein tragen werden: Sie verzichten
auf eine politische Bekämpfung der Vorlage, aber sie beklagen
die Unmöglichkeit einer freien Willensbildung beim abstimmen-
den Bürger. „Mit einem einzigen Ja“ müsse er Dinge schlucken,
die er wirklich bejate, und andere, die er von Herzen verneine.
Landesverteidigung . . . wer möchte da nicht ja sagen! Arbeits-
beschaffung? Auch hier ist gewiß keiner dagegen. Aber Aus-
nahmesteuern? Belastung bestimmter Betriebe? Muß nicht
manchem das Herz bluten, wenn er mit dem geforderten ein-
zigen „Ja“ auch solche Steuern bejaten soll? Ach ja, es
wäre schön, wenn wir jedes Gesetz paragraphenweise durch die
Referendumsstürme schicken müßten. Wahrheit ist eben auch
hier: Bundesrat und Parlament wollen mit dem „einzigen
Ja“ eben die Art der Mittelbeschaffung festlegen, und wir sind
überzeugt, daß gerade im Mittelstand dieses Ja sehr kräftig
tönen wird, gerade weil die Giganten des Konkurrenzkampfes
einmal besonders zum Zahlen herangezogen werden.
Mancher wird sogar der Ansicht sein, mehr hätte auch nicht ge-
schadet!

Die stimmrechtlosen Bürger tagen

Wir meinen die „Bürgerinnen“, die in Brugg getagt, die
Mitglieder des schweizerischen Frauenstimmrechtsvereins. Sie
haben uns an eine recht merkwürdige Tatsache erinnert: Daß
nämlich unsere obersten Behörden seit 20 Jahren eine „Mo-
tion Greulich-Götttsheim“, welche die Einführung
des Frauenstimmrechts auf eidgenössischem Boden verlangte,
studieren. Seit zwanzig Jahren!

Motionen, welche Dinge betreffen, die den stimmfähigen
Bürger angehen, bleiben nicht zwanzig Jahre liegen, das
ist sicher. Aber es ist auch sicher, daß die Rednerin Frau Wi-
scher-Alioth, Basel, recht hatte, wenn sie feststellte: Die
Frauen selber sind daran schuld, daß es nicht vorwärts geht.
Mit andern Worten: Bundesrat und Bundesversammlung wür-
den sich rühren, wenn die Frauen im Lande, wir meinen die
große Masse, sich zuerst wirklich rühren wollten . . . —an—